

Aus der Stadtratssit-  
zung vom 27.01.2010

Seite -2-

Bildungshaushalt ist  
schwarz-gelbes Nacht-  
schattengewächs

Seite -4-

„Im Landtag - nichts  
Neues?“  
-Einladung-

Seite -6-

# Linkes Blatt

**DIE LINKE.**

02. Ausgabe / 20. Jahrgang

Für Halle

02. Februar 2010

## Bundeswehr abziehen, nicht aufstocken!



**Die Bundesregierung will mehr Soldaten nach Afghanistan schicken.**

Schon jetzt sind 4500 Bundeswehrangehörige Teil des Krieges in Afghanistan.

Deutschland wird nicht am Hindukusch verteidigt - Deutschland führt Krieg am Hindukusch. Immer mehr Menschen verlieren in diesem Krieg ihr Leben und ihre Gesundheit.

Die Bombenabwürfe in Kundus zeigen die bittere Wahrheit.

Auch deutsche Soldaten töten in Afghanistan. Die Bundesregierung will mehr Soldaten.

DIE LINKE will den Abzug der Bundeswehr. Statt kopflos immer mehr Militär und neue Waffen zu entsenden, will DIE LINKE, dass die Menschen in Afghanistan selbst über Frieden verhandeln. Ohne den Abzug der ausländischen Soldaten gibt es dafür keine Chance. DIE LINKE will, dass das Geld, was jetzt noch für das Militär ausgegeben wird, für zivile Hilfe und Entwicklung zum Einsatz kommt.

Die Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger unseres Landes will, dass die Bundeswehr zurückgeholt wird. Jede und jeder Abgeordnete, die oder der für einen Verbleib der Bundeswehr in Afghanistan stimmt, muss wissen, dass seine Stimme ein Todesurteil für die Menschen in diesem Land sein kann. DIE LINKE fordert, dass die Abgeordneten des Bundestages auf keinen Fall für die Erhöhung der Anzahl der Soldaten stimmen und sich stattdessen für den Abzug der Bundeswehr entscheiden.

## Afghanistan

Die Geschichte lehrt:  
Afghanistan kann besetzt,  
aber nicht besiegt werden.

Schluß mit dem Krieg in Afghanistan!

Holt unsere Soldaten heim-  
gesund und nicht im Blechsarg.

•••••

Schluß mit dem Krieg in Afghanistan, in Kürze und nicht erst in 5 Jahren.

Abzugstermin für deutsche Soldaten aus Afghanistan in 5 Jahren?

Das heisst Verlängerung des Krieges.

•••••

Links wirkt!

Die LINKE fordert eine Änderung der deutschen Afghanistanpolitik.

Jetzt denkt auch die Regierung über einen "Strategiewechsel" nach.

Lasst die Afghanen selber entscheiden wie sie leben wollen.

GeNau

## Aus der Stadtratssitzung vom 27.01.2010

Sie ist beschlossen - die Schulentwicklungsplanung für die Schuljahre 2009/10 bis 2013/14!

Lange, intensive und manchmal auch unschöne Diskussionen wurden in mehreren Sitzungen geführt! Hendrik Lange kritisierte diesen Zustand mit den Worten:

„So viel Chaos wie jetzt war noch nie! Drei verschiedene Vorlagen habe es in den letzten Wochen gegeben!“

Mit der Schulentwicklungsplanung werden jetzt Kapazitätsobergrenzen an den Gymnasien festgelegt. Damit ist jetzt auch „besiegelt“, dass das Losverfahren greifen wird, wenn es mehr Bewerber als „Plätze“ an einem bestimmten Gymnasium gibt. Nach wie vor wurde auch im Stadtrat gerade über diesen Punkt gestritten. Das Losverfahren ist nicht optimal, aber es wird als Möglichkeit gewertet, um alle gymnasialen Standorte in der Stadt Halle (Saale) zu erhalten. Mit der Schulentwicklungsplanung ist nun festgelegt, dass die Rosengartenschule geschlossen wird. Die Kinder der Rosengartenschule werden ihre Heimat in der Huttenschule finden. Mit der Beendigung des Schuljahres im Sommer 2010 wird auch die Schillerschule geschlossen. Festgelegt ist mit dieser Schulentwicklungsplanung auch, dass alle 5 Standorte der Förderschulen geprüft werden.

Die Verwaltung geht davon aus, dass auf Grund der sinkenden Schülerzahlen mindestens ein Schulstandort geschlossen wird. Ob es die Schule am Jägerplatz ist,

bleibt offen!

Nur kurz zur Erinnerung: Es gab einen Beschluss im Stadtrat, dass die Schule am Jägerplatz saniert wird, die Kinder und Lehrer (sie sind zurzeit in einer Schule in der Rigaer Straße untergebracht) sollten ganz ursprünglich schnell - bis Weihnachten 2009 - umziehen. Aber dann gab es im Dezember eine Vorlage der Verwaltung, den Beschluss zur Sanierung wieder aufzuheben. Der Stadtrat hatte diese Vorlage jedoch nicht bestätigt, wollte an Zusagen festhalten. Frau Szabados kündigte Widerspruch an, der dann auch prompt erfolgte und sich als Tagesordnungspunkt im Stadtrat am 27.01. wieder fand. Als jedoch die Schulentwicklungsplanung beschlossen war, zog Frau Szabados ihren Widerspruch wieder zurück. Sie begründete diesen Schritt mit der angekündigten Prüfung aller fünf Förderschulstandorte.

Übrigens hatte in der Bürgerfragestunde der Elternsprecher der Jägerplatzschule das Wort ergriffen und sich nach der Zukunft der Schule erkundigt.

Kinder der Jägerplatzschule wollten den Erlös eines Kuchenbasars von 200 Euro in Form eines Schecks an Frau Szabados übergeben. Damit sollte der Grundstein für die Sanierung gelegt werden. Frau Oberbürgermeisterin nahm das Geld nicht an.

Alle anderen Vorlagen passierten den Rat ohne größere Diskussion. Beschlossen wurde so u.a. der Bedarfs- und Entwicklungsplan

Kindertagesstätten. Positiv zu bemerken ist, dass wieder mehr Kinder in Halle geboren wurden und sie benötigen auch Kitaplätze! Es gibt zahlreiche Kita's, die Plätze erweitern, aber auch Neubauten bzw. Sanierungen sind geplant!

Die geplante gemeinsame Förderrichtlinie zur Vergabe von Fördermitteln konnte wieder nicht behandelt werden! Es gab noch ein paar Ungereimtheiten im Jugendhilfeausschuss!

Unsere Fraktion hat ihr Interesse durch einen Antrag bekundet, was nun mit dem Gebiet „Spitze“ passieren wird!

Im nächsten Planungsausschuss soll es dazu nun eine Information geben. Auch unser Antrag, dass die Stadtverwaltung über die Metropolregion berichtete, fand insofern „Gehör“, als dass Frau Oberbürgermeisterin eine Informationsvorlage im März zum Thema zugesagt hat.

Und auch der Antrag unserer Fraktion betreffend Leitlinien für die Systemverknüpfung der Verkehrsträger des öffentlichen Verkehrs ... wurde in den Planungsausschuss verwiesen.

Eine sehr ausführliche Antwort erhielten wir auf die Anfrage unserer Fraktion zum Zustand der öffentlichen Toiletten. So können wir jetzt Auskunft geben über die Öffnungszeiten und wissen z. B. auch, dass auf Grund der angespannten Haushaltssituation die Toilettenanlagen an der Giebichensteinbrücke und am Universitätsring nicht wieder hergestellt werden können.

Ute Haupt, Stadträtin

## Aus der Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale)

**Betreff:** Anfrage der Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale) zur Straßenbeleuchtung

**Beschlussvorschlag:**

Zur Gewährleistung der Sicherheit unserer EinwohnerInnen und BesucherInnen trägt auch eine optimale Straßenbeleuchtung bei.

**1.** Ist vertraglich gesichert, dass jederzeit an allen Stellen unserer Stadt eine optimale Straßenbeleuchtung gewährleistet ist?

**2.** In welchem Rhythmus werden die Straßenbeleuchtungsanlagen auf ihre Funktionstüchtigkeit von wem geprüft?

**3.** Wurde das Zu- bzw. Abschalten von Straßenbeleuchtungsanlagen in den vergangenen Jahren aktualisiert? Wenn ja, welche Gründe gab es dafür?

**4.** Inwieweit wird durch die Stadtverwaltung überprüft, ob an Schwerpunkten von Straftaten, durch Zuschaltung von Straßenbeleuchtungsanlagen, diese „Brennpunkte“ entschärft werden können?

gez. Dr. Bodo Meerheim

Vorsitzender der Fraktion

### Antwort der Verwaltung:

**zu 1.**

Die vorhandene Straßenbeleuchtung wurde mit Beschluss des Stadtrates vom 25.06.2003 aus Gründen der Haushaltskonsolidierung reduziert. Nicht betroffen sind die Innenstadt und wichtige Verkehrsknotenpunkte. Aus diesen Gründen ist eine durchgängige optimale Straßenbeleuchtung nicht gewährleistet.

Die Maßnahme zur Haushaltskonsolidierung hat zur Folge, dass bewusst die Empfehlungen in der DIN zur Straßenbeleuchtung unterschritten werden, diese aber eine bestmögliche operative Lösung darstellt. Hierdurch konnten Einsparungen auf dem Sektor des Energieverbrauchs in Höhe von ca. 750T Euro jährlich erzielt werden.

**zu 2.**

Die Wartung und Instandhaltung der Straßenbeleuchtungsanlagen ist vertraglich durch die EVH GmbH abgesichert. Hinweise und Meldungen von defekten oder zerstörten Leuchten werden täglich bearbeitet. Die Störungsbeseitigung erfolgt in der Regel innerhalb von

zwei Arbeitstagen.

Der straßenweise Gruppenaustausch von Leuchtmitteln einschließlich der elektrischen Wartungsarbeiten erfolgt in einem Zyklus von vier Jahren.

**zu 3.**

Das Zu- und Abschalten von einzelnen Leuchten wurde in den letzten Jahren aktualisiert.

Gründe waren bauliche und verkehrstechnische Veränderungen in der Stadt Halle.

Zudem werden Anregungen und Hinweise von Bürgern, Unternehmen, Institutionen und Ämtern der Stadt aufgenommen, um danach die Beleuchtungssituation örtlich zu prüfen.

Schaltungsänderungen erfolgen dann, wenn sich hierdurch eine Optimierung hinsichtlich der Ausleuchtung erzielen lässt.

### AG Öffentliche Sicherheit lädt ein:

**Am 4. Februar  
im Ernst-Haeckel-Weg 5  
um 18 Uhr  
zum Thema:**

Trinkerstandorte/Freitrinker, „Präventionsrat gegen Rassismus, Gewalt und Kriminalität - für Toleranz und Integration“ sowie Polizeibeirat, d. h. zur Umsetzung unseres Kommunalwahlprogramms zum Punkt „Bürgerkommune und eine sichere Stadt“.

**zu 4.**

Selbstverständlich werden, wie bereits unter 3. erwähnt, Schwerpunkte überprüft.

Dazu gibt es auch Abstimmungen mit der Polizeidirektion Halle. Hier sind insbesondere Fußgängerunterführungen bekannt. Eine Reduzierung der Beleuchtung erfolgt hier zwar nicht, jedoch wird bei einem Ausfall der Beleuchtung, wie beispielsweise in der Unterführung der S-Bahn Silberhöhe, umgehend die Reparatur durchgeführt.

Dr. Thomas Pohlack  
Bürgermeister

## Bildungshaushalt ist schwarz-gelbes Nachtschattengewächs

### Rede von Dr. Petra Sitte am 19. Januar im Bundestag

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren!

Ich will es noch einmal auf den Punkt bringen: In diversen Gutachten wurde der Politik in der letzten Zeit sehr genau vorgerechnet, wie viel Geld für gute Bildung in diesem Land fehlt: 6 Milliarden Euro für Kindertagesstätten, 8 Milliarden Euro bei Schulen, 3,5 Milliarden Euro in der Berufsbildung, 5 Milliarden Euro an den Hochschulen und letztlich 14 Milliarden Euro in der Weiterbildung. Das heißt, jährlich müssten 37 Milliarden Euro investiert werden. Ich erinnere alle in diesem Hause daran, dass Bildung der Leitstrahl war, auf dem alle Parteien durch den Wahlkampf navigierten.

Noch auf dem Bildungsgipfel 2008 haben Bund und Länder vereinbart, 7 Prozent des Bruttoinlandsproduktes für Bildung auszugeben. Das wären damals 30 Milliarden Euro gewesen. Mittlerweile haben wir eine Krise gehabt, und das Bruttoinlandsprodukt ist etwas gesunken, weshalb eigentlich etwas weniger Geld für Bildung zur Verfügung stehen müsste. Weniger Geld für Bildung könnte aber bedeuten, dass sich der nächste Bildungsgipfel auf eine Summe verständigt, die in der Nähe dieser 30 Milliarden Euro liegt.

Im Vorfeld des Bildungsgipfels ein Jahr später hat der Vorsitzende der Ministerpräsidentenkonferenz, Genosse Kurt Beck, von notwendigen Mehrausgaben von 25 bis 28 Milliarden Euro gesprochen. Herr Pinkwart von der FDP aus

Nordrhein-Westfalen hat ihm zugestimmt und gesagt: Ja, seriös sind 25 bis 28 Milliarden Euro. - Was ist auf dem Weihnachtsgipfel 2009 wirklich herausgekommen? 13 Milliarden Euro - aber nicht für ein Jahr, sondern bis 2015. Von den notwendigen 37 Milliarden Euro blieben nur 13 Milliarden Euro übrig, und die auch nur unter Zuhilfenahme diverser Rechentricks von Finanzministern.

Gott sei Dank hat die Öffentlichkeit, insbesondere die Bildungsöffentlichkeit, sehr schnell dagegengehalten. Ich sage Ihnen: Diese 13 Milliarden Euro sind eben nicht Ausdruck einer Bildungsrepublik, sondern ein schwarz-gelbes Nachtschattengewächs.

*(Beifall bei der LINKEN sowie bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)*

Da ist nichts mit Verlässlichkeit, Frau Schavan. Nun freuen Sie sich darüber - auch Frau Flach von der FDP rühmt es -, dass Ihr Haushalt um 6,9 Prozent steigt. Da staunt der Laie, und der Fachmann oder die Fachfrau wundert sich; denn die Steigerung des gesamten Bundeshaushaltes liegt bei 7,3 Prozent. Wenn man wirklich so viel Wert auf Bildung legen würde, dann müsste die Steigerung des Bildungshaushaltes über dem Durchschnitt liegen.

*(Beifall des Abg. Petra Hinz (Essen) (SPD))*

Das tut sie aber nicht. Das heißt, der Aufwuchs für Bildung und Forschung beträgt insgesamt nur 750 Millionen Euro - von Milliarden kann nicht mehr die Rede sein -, und nur 350 Millionen Euro fließen

in die Bildung. Bezogen auf den Ausgangswert bleibt also ein Riesenabstand. Ich will einmal daran erinnern: Die Steuersenkungen ab dem Jahr 2011 sind Ihnen jedes Jahr 24 Milliarden Euro wert. Jetzt vergleichen Sie das bitte noch einmal mit Ihren 350 Millionen Euro. *(Beifall bei der LINKEN)*

Am Ende ist somit völlig fraglich, wie Sie auf der Basis dieses Haushalts die Summen erreichen wollen, die auf dem Bildungsgipfel vereinbart wurden, und wie es gelingen soll, dass 7 Prozent des Bruttoinlandsproduktes real für Bildung ausgegeben werden.

Unter dem Label „Mehr Wettbewerb“, Frau Schavan, nicht etwa unter dem Label „Bildung ist Bürgerrecht“, betreiben Sie hier Bildungspolitik. Das heißt, Sie unterwerfen Bildung, Forschung und den Erwerb wissenschaftlicher Kompetenzen wirtschaftlicher Standortlogik - das entspricht auch der Vereinbarung auf EU-Ebene -, und Sie rechnen damit Bildung gegen Verwertbarkeit auf.

Die Linke hat das immer kritisiert, aber bleiben wir einmal in Ihrer Logik: Wenn man ihr folgt, müsste in Bildung eigentlich wesentlich mehr investiert werden, weil die Bildungsrendite deutlich höher als die Renditen von allen Kapitalanlagen liegt, nämlich im zweistelligen Bereich. Außerdem ist der Bund über Einkommensteuern und Beiträge zur Sozialversicherung ein weit größerer Nutznießer von guter Bildung als die Länder.

*(Georg Schirmbeck (CDU/CSU): Muss man das glauben, was Sie hier erzählen?)*

Das heißt, auch unter diesem Blick-

winkel ergibt sich die Verpflichtung für den Bund, sich jetzt und heute viel stärker bei der Bildungsfinanzierung zu engagieren.

*(Beifall bei der LINKEN)*

Der Bund müsste also eigentlich die Steuerausfälle der Länder kompensieren, da diese höher als beim Bund ausfallen. Auf dem Bildungsgipfel wurde leider keine zwingende Vereinbarung getroffen, wie die Länder ihren Anteil aufbringen sollen. Den Ländern sitzt dann ab 2012 - das sei angemerkt - auch noch die Schuldenbremse im Nacken. Damit ist ihnen verwehrt, mehr Bildung durch höhere Kreditaufnahme zu finanzieren. Wissen Sie, was das bedeutet?

*(Albert Rupprecht (Weiden) (CDU/CSU): Prioritätensetzung!)*

In meinem Land, in Sachsen-Anhalt, sitzen derzeit 51.000 Studierende auf 34.000 Studienplätzen. Nun müsste ja durch den Kurswechsel bei der Umsetzung des Bologna-Prozesses, den alle den Studierenden während des Streiks versprochen haben, zusätzlich noch ein 15-prozentiger Aufwuchs bei der Ausstattung und dem Personal an den Universitäten eingerechnet werden. Das findet aber nicht statt, weil den Ländern die Mittel dafür fehlen. Insofern, Frau Flach und Herr Hagemann, ist der Hochschulpakt eben nicht abgesichert, was die Länderseite betrifft. Die Folge in meinem Land ist, dass der Finanzminister von der SPD sagt: Ich will in den nächsten Jahren 1.239 Stellen im Bildungsbereich streichen bzw. die Personalkosten um 20 Prozent absenken. - Das würde natürlich dazu führen, dass sich die Studienbedingungen durch schlechtere Betreuungsverhältnisse

noch weiter verschlechtern werden.

*(Eckhardt Rehberg (CDU/CSU): Diese böse SPD!)*

Es ist also nichts mit Kurskorrektur und Verbesserung nach der Bologna-Misere.

Einer Studienreform sollte vor diesem Hintergrund gegenüber der Exzellenzinitiative ganz klare Priorität eingeräumt werden. Deshalb haben wir gesagt: Für uns ist es derzeit nicht akzeptabel, Milliarden Euro in die Exzellenzinitiative zu stecken, weil dadurch das Hochschulwesen weiter segmentiert wird. Die für die Exzellenzinitiative vorgesehenen Summen sollten vielmehr zugunsten des Hochschulpakts transferiert werden. Dann könnte man den verschulden Bachelor mit seinen zahlreichen Prüfungen - für diejenigen, die das nicht so genau wissen: Das ist der Abschluss nach drei Jahren - entschlacken, die Regelstudienzeiten korrigieren, die Mobilität der Studierenden fördern und für einen sicheren Zugang vom Bachelor zum Master sorgen.

Nun reden Sie von einer Erhöhung des BAföG um 2 Prozent. Wie würde sich eine solche Erhöhung konkret bei den Studierenden auswirken? Alle einschlägigen Organisationen wie beispielsweise Studentenwerk und Gewerkschaft für Erziehung und Wissenschaft haben Ihnen ja vorgerechnet, dass es mindestens eine 5-prozentige Erhöhung geben müsste, um die Preisentwicklung abzufedern. Zugleich wollen Sie erreichen, dass künftig 50 Prozent eines Jahrgangs das Studium aufnehmen. Das heißt doch nichts weiter, als dass Sie das BAföG bedarfsgerecht umgestalten und um einem eltern-

unabhängigen Sockel erweitern müssen, sonst erreichen Sie einkommensschwache Familien ja überhaupt nicht.

*(Beifall bei der LINKEN)*

All das gehört zu den Forderungen, die im Rahmen des Bildungstreiks erhoben wurden. All das findet sich aber in diesem Haushalt nicht wieder. Somit bringt er nicht mehr Bildungsgerechtigkeit mit sich. Meine Damen und Herren, die Qualifizierung von Lehre und Forschung sowie die Verbesserung der Arbeits- und Studienbedingungen der Hochschulangehörigen sind unter diesen Voraussetzungen nicht zu schaffen. Forschung und Lehre sind hochkommunikative und kooperative Prozesse. Beide haben sich in den letzten Jahren infolge neuer technischer und technologischer Möglichkeiten verändert. Fachleute sagen, die großen Erkenntnisse werden disziplinübergreifend geboren. Das heißt, interdisziplinäre Zusammenarbeit ist angesagt. Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, immerhin vier Fünftel ohne Professur, werden durch hierarchische Strukturen an einer Umgestaltung gehindert. Personelle Abhängigkeiten hindern sie an eigenverantwortlichem Lehren und Forschen. Nicht selten gleichen die prekären und zudem wiederholt befristeten, schlecht vergüteten Beschäftigungsverhältnisse einem Kampf um die eigene Daseinsberechtigung. Da habe ich überhaupt kein Vertrauen in Ihr Wissenschaftsfreiheitsgesetz, Frau Flach.

Die Linke meint, dass nicht nur die Grenzen zwischen den Fachdisziplinen, sondern vor allem die Hierarchien im Hochschulsystem aufzuheben sind. Denn Professo-

rinnen und Professoren sowie anderes wissenschaftliches Personal müssen sich bei Lehre und Forschung auf Augenhöhe treffen. Dadurch könnte die Chance eröffnet werden, Wissenschaft endlich zu einem Beruf mit Perspektive zu machen. Verlässliche Perspektiven und mehr Selbstständigkeit halten auch wissenschaftlichen Nachwuchs eher im Land. Personalstruktur ist also an der Profession zu orientieren.

*(Beifall bei der LINKEN)*

Ein solches Herangehen würde im Übrigen auch mehr Frauen ermutigen, in der Wissenschaft zu bleiben; denn für sie wäre eine akademische Laufbahn dadurch attraktiv. Dann würden sich Beruf und Familie nicht mehr wie zwei Fresszellen zueinander verhalten, die vielleicht auf privater Ebene auch noch Blutspuren hinter sich herziehen.

(Georg Schirmbeck (CDU/CSU): Hallo! Woher haben Sie denn Ihre Lebenserfahrung?)

Dazu erwarten wir Initiativen von der Bundesregierung. Sie aber packen in den Haushalt nur Versatzstücke. Es ist beispielsweise vom „Qualitätspakt Lehre“ und von der „Weiterentwicklung des Bologna-Prozesses“ zu lesen. Wenn man nachfragt, bekommt man keine vernünftige Antwort; denn Sie haben noch nichts konkret vorbereitet oder mit den Ländern abgestimmt.

*(Zuruf der Abg. Ulrike Flach (FDP))*

-Ich höre Ihnen später noch einmal zu. Meine Damen und Herren, auch bei den Ausgaben für Forschung und Entwicklung ist die Bundesregierung schlicht und ergreifend

schief gewickelt. Mit den Milliarden der Hightech- Strategie werden nach wie vor insbesondere Großunternehmen massiv unterstützt, vor allem Global Player. Deren unternehmerische Kernaufgabe wäre eigentlich, Forschung und Entwicklung zu unterstützen. Von den 1,5 Millionen Arbeitsplätzen, die Sie, Frau Minister, im Zusammenhang mit der Hightech- Strategie versprochen haben, ist nichts übrig geblieben. Jedenfalls können Sie das nicht genau beziffern. Stattdessen sagen Sie, es dauere noch ein bisschen, bis sie richtig wirke.

Sichtbar wird im Haushalt hingegen, dass die Förderung innovativer kleiner und mittelständischer Unternehmen deutlich hinter der Förderung von Großunternehmen zurückbleibt. Klar wird auch - insofern habe ich aufgehört, als Sie von einem Rahmenprogramm für nachhaltige Forschung gesprochen haben -, dass in Ihrem Haushalt Energieforschungen im fossilen und nuklearen bzw. Fusionssektor mit doppelt so hohen Summen gefördert werden wie erneuerbare Energien und Effizienzforschung.

Letztlich ist - auch darauf will ich aufmerksam machen - Ihre Politik derzeit insofern grenzwertig, als die

universitäre Grundlagenforschung in den letzten Jahren eine kritische Untergrenze erreicht hat. Wenn wir für die Grundlagenforschung an den Universitäten und Hochschulen nicht mehr tun, gehen diese auch den außeruniversitären Forschungseinrichtungen als Partner verloren. Das ist zurzeit besonders im Osten ziemlich dramatisch spürbar. Deshalb fordern wir ein Sonderprogramm für die gezielte Förderung der Grundlagenforschung in Ostdeutschland.

*(Beifall bei der LINKEN)*

Ich komme zum Schluss. Wenn diese Bundesregierung wirklich positiv in die Bildungsgeschichte des Landes eingehen will, dann muss sie konsequent gegen die Unterfinanzierung des Bildungssystems vorgehen. Wir sagen: Schluss mit dem nervigen bildungspolitischen Armdrücken zwischen Bund und Ländern! Da hat Herr Rossmann recht. Korrigieren Sie den Fehler, den Sie bei der Föderalismusreform mit dem Kooperationsverbot gemacht haben; schaffen Sie es wieder ab! Dafür haben Sie unsere Unterstützung. -

Das war mein letzter Satz. Danke schön, Frau Präsidentin.

*(Beifall bei der LINKEN)*

## „Im Landtag - nichts Neues?“

Die BO Neustadt Nord lädt gemeinsam mit den Basisorganisationen Neustadt West und Süd zur Gesprächsrunde

„Im Landtag - nichts Neues?“

mit dem Mitglied des Landtages **Dr. Uwe-Volkmar Köck**

**am 10. Februar 2010**

**um 18 Uhr**

**in den Ernst-Haeckel-Weg 5 ein.**

Die Gesprächsrunde ist für alle Interessierten offen.

**"Mitreden über Europa" am 15. Februar 2010 in Halle (Saale)**

Am Montag, 15. Februar 2010 können Sie in Halle (Saale) "Mitreden über Europa". Im Festsaal des Stadthauses stehen Ihnen ab 19 Uhr folgende Europaexperten auf dem Podium Rede und Antwort:

**Prof. Dr. Lothar Bisky**, Mitglied des Europäischen Parlaments (Die LINKE)

**Ska Keller**, Mitglied des Europäischen Parlaments (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Holger Kraemer**, Mitglied des Europäischen Parlaments (FDP)

**Dr. Horst Schellhardt**, Mitglied des Europäischen Parlaments (CDU)

**Tilmann Tögel**, Mitglied des Landtages von Sachsen-Anhalt (SPD)

**Carsten Lietz**, Pressesprecher der Vertretung der Europäischen Kommission in Deutschland

Eine Veranstaltung des Informationsbüros des Europäischen Parlamentes.

Der Eintritt ist frei.

# Frauen ganz links

Ein Ost-Termin der Bundestagsfraktion DIE LINKE.

**3. Februar 2010, 18-20 Uhr**

**Steintor-Varieté, Am Steintor 10, 06112 Halle (Saale)**

mit **Andrea Ypsilanti**, MdL und **Sahra Wagenknecht**, MdB

Moderation **Roland Claus**, MdB

Eintritt frei.

In den vergangenen 20 Jahren wurden besonders im Osten, aber auch im Westen Deutschlands, viele Erfahrungen mit Wende und Umbrüchen gesammelt - bittere, schmerzhaft, zukunftsbejahende, trotzig, heitere. Bis heute ist das gegenseitige Bild der Ost- und Westdeutschen oft von Vorurteilen und Unkenntnis geprägt. Die neue schwarz-gelbe Bundesregierung verschiebt mit ihrer ostblinden Politik die Angleichung der Lebensverhältnisse in Ost und West in die ferne Zukunft und trägt zu einer Vertiefung der innerdeutschen Spaltung bei.

In der Veranstaltungsreihe Ost-Termin stellt Roland Claus seit vier Jahren Menschen aus Ost- und Westdeutschland mit ihren Erlebnissen und Eindrücken des Umbruchs und der heutigen Zeit vor. Dabei kommen Prominente mit Ost-Biographie und Prominente aus Westdeutschland miteinander und mit dem Publikum über Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft von Ostdeutschland ins Gespräch.

In Halle (Saale) wird Roland Claus mit Andrea Ypsilanti und Sahra Wagenknecht über ihre Ost-West-Erfahrungen und über verschiedene Formen des Neubeginns sprechen. Gemeinsam mit dem Publikum wollen wir aus linker Perspektive diskutieren, wie Ost und West weiter zusammenwachsen können.

Aus der Krise führen nur neue Wege. Hat der Osten hier einen Vorsprung? Weiß die Linke einen Weg? Freuen Sie sich mit uns auf einen spannenden Abend.

**Einladung zum Filmabend "Abschiebung - Kosovo - Roma" am 2. Februar 2010**

Wann: Dienstag, 2. Februar 2010 - Beginn 20:30 Uhr

Wo: Infoladen/Ludwigstr. 37 in Halle/S.

Veranstalter: Reihe Globalisierung & Migration

gefördert: alv/alternatives Vorlesungsverzeichnis des stura

**"Roma als Flüchtlinge am Beispiel des Kosovo"**, Udo Deußler, 34 min

**"Trapped - The forgotten story of the mitrovica roma"**, Mundi Romani Filmprojekt, 26 min

**"Row hard - Abschiebung in den Kosovo"**, Steffen Dünnwald und Julia Bayer, 22 min

PS. Nach dem Film wollen wir über aktuelle Abschiebungen in Sachsen-Anhalt diskutieren.